

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900**

91 (1.4.1900)



# Beilage zu Nr. 91 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 1. April 1900.

## Badischer Landtag.

### 54. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Freitag, den 30. März 1900. (Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Eisenlohr, die Regierungsräte Märklin und Hafner; Graf v. Bismarck-Wohle n.

Präsident Gönner eröffnet um 1/10 Uhr die Sitzung. Eingegangen ist eine Bitte der Gemeinde Grünsberg und zehn anderer Gemeinden um Errichtung einer Filialabothek in Grünsberg.

Die allgemeine Berathung über das Budget der Landwirtschaft wird fortgesetzt.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr konstatiert, daß die getriggen Verhandlungen eine erfreuliche Uebereinstimmung im Wohlwollen für die Landwirtschaft gezeigt haben. Am meisten befriedigt haben ihn die Ausführungen des Abg. Werr, der mit Sachkenntniß und Einsicht auf die verschiedenen Mittel, mit denen man der Landwirtschaft helfen kann, hingewiesen habe. Viel erhoffen andere von den neuen Handelsverträgen, deren Abschluß aber erst in einigen Jahren erfolge und mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden sein wird. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Quebrachholzfrage berührt; da müsse er nun betonen, daß eine Erschwerung der überseeischen Einfuhr zunächst nicht unserem Schälwald, sondern der ungarischen Kinde zu gute käme. Ebenso liege es noch in weiter Ferne, ob unsere Tabaksteuererhebung geändert werden soll. Er möchte dem Herrn Abg. Mampel empfehlen, zur Verbesserung der Lage der Tabakbauern doch näherliegende Mittel anzugeben, als die Erhöhung des Zolles; auch sollte Herr Mampel nicht so stolz auf unsere Dekonomierathe herabsehen, sondern vielmehr die Söhne der Pfalz veranlassen, die neu errichtete Landwirtschaftsschule in Wiesloch zu besuchen, um sich dort die nöthigen Kenntnisse anzueignen. Dem Scheitern des Fleischschaugegesetzes, welches in erster Reihe sanitäre Zwecke verfolgte, aber auch unserer Viehzucht vorthellhaft sei, könne man in Baden mit Ruhe entgegensehen, weil unsere sanitären Einrichtungen in dieser Richtung nichts zu wünschen übrig lassen. Der Herr Abg. Krieckle habe mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Landeskreditkasse ebenfalls vom Geldmarkt abhängig ist; sie kann wohl ohne Nutzen arbeiten, aber das können auch die Sparkassen, wenn sie nur wollen. Dem Abg. Klein möchte er entgegen, daß die Abschaffung der Zolldreite in finanzieller Hinsicht eine minimale Wirkung habe, dem Handelsstand komme es dabei weniger auf die Selbsterparniß, als auf die Unbequemlichkeit der Bezahlung an. Eine Ungerechtigkeit wäre es auch, wenn die Zolldreite nur beim Getreidehandel beseitigt würden. Was die Verkaufsgenossenschaften anlangt, so hat Bayern im Jahre 1898 durch dieselben abgesetzt für 4 Millionen Mark Getreide und für 2 Millionen Mark andere landwirtschaftliche Produkte. Er habe sich stets bemüht, unserer Landwirtschaft bei der Militärverwaltung günstige Absatzbedingungen zu verschaffen; doch könne man von ihr nicht verlangen, daß sie auch schlecht gerathene Produkte abnimmt. Im Jahre 1897 habe er eine Bekanntmachung erlassen, daß ihm Mittel für Absatzgenossenschaften zur Verfügung stehen; es lief aber keine einzige Anfrage ein. Er würde sich freuen, wenn nun der Boden besser vorbereitet wäre. Erkaunt sei er, daß das Saccharin im Laufe einen Verfechter gefunden hat, da doch zweifellos durch dasselbe die Volksernährung, für welche der Zucker von großer Bedeutung sei, zugleich aber der Rübenbau geschädigt wird. Deswegen hat der Reichstag die Verwendung des Saccharins für Nahrungsmittel untersagt. Es gelte jetzt, den Vollzug des Gesetzes zu sichern, das vielfach umgangen wird. Man habe deshalb vorgeschlagen, das Saccharin in die Apotheken zu verweisen. Auch er könne sich dem Wunsche, daß die Schwierigkeiten, mit denen die Landwirtschaft zu kämpfen hat, überwunden werden, nur anschließen. (Beifall.)

Abg. Fehr v. Stockhorner: Der Herr Minister habe die Nothwendigkeit der Landwirtschaftskammer bestritten. Demgegenüber möchte er betonen, daß die Zweite Kammer und die Regierung nicht immer so agrarfreundlich waren wie jetzt. Eine derartige Einrichtung könne man nur in Zeiten des Wohlwollens gegen die Landwirtschaft schaffen. Abg. Dreesbach habe gestern wieder auf das Brod des armen Mannes hingewiesen, das durch die Erhöhung der Getreidezölle verteuert würde. Nun sei aber nicht nachgewiesen, daß die Getreidepreise durch die Erhöhung der Zölle steigen. Es wird lediglich die Spekulation zurückgehen. In erster Reihe müsse für ein Absatzgebiet im Innern des Reichs gesorgt werden. Bei den neuen Handelsverträgen sollte endlich die Reihe an die Landwirtschaft kommen, nachdem die Lage der Arbeiter durch die bestehenden Handelsverträge verbessert wurde. Nicht darauf komme es an, ob das Brod um einige Pfennige theurer wird, sondern darauf, daß die Lage der Arbeiter so verbessert wird, daß sie auch einige Pfennige mehr Ausgaben ertragen können.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr: Den Landwirtschaftsrath habe er vor einigen Jahren in's Leben gerufen, um ein beratendes Organ für die Regierung zu haben und einer Zersplitterung der landwirtschaftlichen Bestrebungen entgegenzutreten. Derselbe habe bis jetzt auch in der That gute Dienste geleistet. Wohl könnte er gleich den Handelskammern auf geleslichen Boden gestellt werden, man könnte ihm auch das Recht einräumen, selbst Einrichtungen zur Förderung der Landwirtschaft zu schaffen, aber dann müßten die Kosten von den Interessenten getragen werden, und er glaube nicht, daß man der Landwirtschaft weitere Kosten aufbürden darf. Die Hauptaufgabe dieser Kammer würde darin bestehen, der Regierung beratend zur Seite zu stehen.

Abg. Wacker hat mit lebhaftem Interesse die Verthigung des Herrn Ministers entgegenkommen, daß die Staatsbeiträge nicht nach politischen Gesichtspunkten vertheilt werden. Er möchte aber nicht unterlassen, in's Land hinauszurufen, daß die Landwirthe ein scharfes Auge in dieser Richtung auf die untergeordneten Organe haben. Er sei fest überzeugt, daß der Herr Minister, wenn Verstöße vorkommen, Hilfe schafft. Zunächst möchte er dem Herrn Minister einige Wünsche seines Wahlbezirks unterbreiten. Die landwirtschaftstreibende Bevölkerung Etlingens vermißt lebhaft einen Schweinemarkt in Etlingen. Die Landwirthe des Abthals seien besorgt, daß ihre Interessen durch die geplante Errichtung eines Elektrizitätswerks im hinteren Abthal geschädigt werden. Er habe das Vertrauen zur Großh. Regierung, daß sie die Interessen dieser Landwirthe wahren wird. Der Geist der Bereitwilligkeit, die landwirtschaftlichen Interessen zu fördern, sei jederzeit beim Centrum vorhanden gewesen; man könne nur wünschen, daß dieser Geist der Bereitwilligkeit auch auf allen andern Gebieten bei der Regierung und dem Hohen Hause vorhanden wäre. Der Herr Minister habe dem Wort Landwirtschaftskammer die richtige Deutung gegeben, insofern das Hohen Haus der Landwirtschaft ein reges Interesse entgegenbringt. Dabei müsse er aber das Zeugniß für das ganze Haus in Anspruch nehmen, daß auch die Interessen der Handwerker und Gewerbetreibenden mit demselben Wohlwollen behandelt werden. Es sei noch nicht lange her, daß es weder bei der Regierung noch im Hause besonders agrarfreundlich herging. Wenn das sich jetzt geändert habe, so sei ein gewisser urfächlicher Zusammenhang zwischen der regen Agitation der Landwirthe und dieser Wandlung nicht zu verkennen. Die Landwirthe haben einen besonderen Rückhalt am Staat nothwendig, was auch der Abg. Dreesbach halb und halb zugegeben habe. Wir wollen die Verdienste der Vertreter der Landwirthe nicht unterschätzen, aber der Egoismus braucht deshalb nicht übersehen zu werden. Herr Burckhardt hätte seiner Sentenz: wo kein Geld ist, hören die Ideale auf, hinzufügen können: deswegen ist da noch lange kein Ideal, wo Geld ist. (Heiterkeit.) Sehr häufig verbirgt sich ein zur Schau getragenes Ideal hinter dem nackten Egoismus. Er weise nur auf den Skandal mit dem Millionenverdienst bei der Flottenvorlage hin, den man hätte heutzutage nicht erleben sollen. Er freue sich, daß der Herr Minister die Thätigkeit der Bauernvereine anerkannt habe. Offenbar sei der Abg. Mampel falsch verstanden worden, wenn behauptet wurde, er lege auf die landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen kein Gewicht. (Abg. Mampel: Sehr richtig!) Für keinen Stand sei die mangelhafte Schulbildung so verderblich und schadenbringend als für den Bauernstand. Wünschenswerth wäre es, daß der junge Landwirth denselben Geist von der Schule mitbringt, den er vom Elternhause mitgenommen hat. Das Gleiche gilt auch vom Militärdienst. Gegen eine gewisse parlamentarische Auffassung müsse er bemerken, daß das, was man von Nichtlandwirthen gehört habe, ganz gut neben das gestellt werden kann, was die praktischen Landwirthe ausgeführt haben.

Abg. Mampel: Der Abg. Uibel habe ihn mißverstanden; er habe die Verdienste der Herrn Dekonomierathe nicht herabwürdigend wollen. Die Absatzgenossenschaften prosperiren nicht, weil keine Abnehmer vorhanden sind; deshalb müssen die Zölle erhöht werden. Wichtig sei, daß die Lage der kleinen Handwerker noch mißlicher ist, als die der Landwirthe hauptsächlich deswegen, weil sie zu lange auf Zahlungen warten müssen.

Abg. Schüler glaubt, daß es schwer halten wird, in Baden Absatzgenossenschaften zu gründen, weil der Kleinbetrieb zu sehr zersplittert ist. Vor allem möchte er davor warnen, daß die kleinen Darlehenskassen sich auf die Absatzgenossenschaften werfen. Sehr zu wünschen wäre dagegen, wenn etwas gegen die Preisschwankungen des Tabaks geschehen würde. Der Gedanke, die elektrische Kraft für die Landwirtschaft nutzbar zu machen, verdiene die größte Beachtung; aus diesem Grunde habe er stets den Bau des Oberheinthalanals befürwortet. Redner weist auf die große Bedeutung der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen und der Versuchstationen hin, denen die Landwirtschaft viel zu verdanken habe, ebenso wie den Landwirtschaftslehrern und Dekonomierathen. Speziell habe z. B. Herr Schmid nicht im Interesse eines Verdienstes, sondern in uneigennützigster Weise außerordent-

lich viel im Kreditwesen geleistet. Die Handelsverträge müssen das nächstemal anders werden. Den Vorwurf könne man unserer Landwirtschaft nicht machen, daß sie das Brod des armen Mannes verteuere. Die Brodvertheuerer sind die Händler und Börsenjuden, die Ringe bilden und die Getreidepreise künstlich in die Höhe schrauben. Das befürchte auch er, daß wir immer mehr dem Industriestaat zusteuern; aber gerade deswegen müsse die Landwirtschaft nach Kräften gestützt werden. Von seinem Standpunkt wünsche auch er die Abschaffung der Wein- und Fleischzölle; doch sei der jetzige Zeitpunkt unmitttelbar vor der Steuerreform nicht geeignet. Der Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Krisis liege in der großen Belastung der Gemeinden; in dieser Richtung könne der Staat viel helfen. Zu wünschen sei daher, daß im nächsten Budget ein größerer Staatsbeitrag für Gemeinden und Kreise eingestellt wird. (Beifall.)

Minister des Innern Dr. Eisenlohr hegt die besten Absichten für die Landwirtschaft; doch könne es sich erst bei Berathung des nächsten Budgets zeigen, ob höhere Staatsbeiträge für Gemeinden und Kreise eingestellt werden können. In Bayern entwickeln die Darlehenskassen große Thätigkeit für gemeinsamen Verkauf; so sekten die Darlehenskassen im Jahre 1898 für 2 129 000 M. Getreide ab, die Pfälzischen Genossenschaft für 250 000 M., die sonstigen Genossenschaften für 829 000 M., die landwirtschaftlichen Vereine für 876 000 M., die Rannieder Genossenschaft für 89 000 M. Es wäre zu wünschen, daß auch unsere Kreditgenossenschaften hierin mehr vorgehen. Redner jagt die Erfüllung der vom Abg. Wacker vorgebrachten Lokalwünsche zu. Im allgemeinen sei auch für ihn die Rede Wacker's erfreulich gewesen und er habe noch selten das Vergnügen gehabt, so freundliche Worte aus dem Munde des Herrn Wacker zu hören. (Heiterkeit.) Auf Rückblicke wolle er ebenfalls verzichten und nur betonen, daß auch seine politische Haltung seiner Ueberzeugung entspringe; eben weil dies der Fall ist, könne er nicht davon abgehen.

Abg. Dr. Blankenhorn wäre heute noch Anhänger einer Reichskunststeuer, wenn er sich einen wirklichen Erfolg von derselben versprechen könnte. Außerdem liege die Gefahr vor, daß mit ihr zugleich eine Reichssteuer eingeführt werden könnte. Man müsse sich also mit dem begnügen, was man erreichen kann, mit einem Verbot des Kunstweins, das der Landwirtschaft sicher nützen werde. Er würde es begrüßen, wenn Mittel und Wege gefunden würden, daß der unlauteren Verwendung des Saccharins vorgebeugt werden könnte. Herr Dreesbach habe sich in der Einleitung seiner Rede als ein halber Agrarier entpuppt, insofern er, im Gegensatz zu den früheren Kundgebungen der Sozialdemokratie, der Landwirtschaft ein großes Interesse entgegenbringe. Redner citirt Aeußerungen sozialdemokratischer Blätter über den Bauernstand. Der Abg. Dreesbach habe die Schädigung der Interessen anderer Stände durch die Getreidezölle auf die Industriebevölkerung angewandt. Wir wollen keine exorbitanten Preise, sondern nur soviel, daß über Landwirth existiren kann. Er suchte zu beweisen, daß durch den amerikanisch-spanischen Krieg die Brodpreise stiegen; Thatfache ist, daß dies auf Spekulation zurückzuführen war. Auch der Antrag der Sozialdemokraten und Freisinnigen auf Abschaffung der Kornzölle sei auf Spekulation zurückzuführen. Die Aufhebung des Octrois in Mannheim habe nicht sofort das Brod verbilligt. (Abg. Dreesbach: Jawohl!) Der Abg. Dreesbach habe von der Aufhebung des Getreidezolls nichts gesagt, dies beweise auch eine kleine Mauserung. Wenn das Fleischschaugegesetz im Reichstag scheitert, so werde eben die Konkurrenz des schlechten amerikanischen Fleisches begünstigt. Daß Norddeutschland an den Kornzöllen mehr Interesse hat, komme daher, daß bei uns durch die Vorseorge der Großh. Regierung die Viehzucht sich sehr ausbreitet hat. Durch den Oberheinthalanall kann ebenfalls die Landwirtschaft gefördert werden. Er erkenne an, daß die Sozialdemokratie für das Budget zur Förderung der Landwirtschaft stimme, wenn aber der Abg. Dreesbach meine, es gebe keinen besseren Freund der Landwirtschaft, als seine Partei, so könne die Landwirtschaft sagen: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Burckhardt hält nicht viel auf die Getreidelager, weil infolge der Gehälter der Aufsichtsbeamten der Profit drausgeht. Gegenüber dem Abg. Mampel betont der Redner mit Nachdruck seine Selbstständigkeit. Er lasse sich von niemandem beleidigen, auch von Mampel nicht. (Heiterkeit.) Die gebildeten Stände haben manchmal Extravaganzen, von denen der Bauer sich nicht träumen läßt; er lese das erst, seitdem er in Karlsruhe sei. (Heiterkeit.) Es könne nichts schaden, wenn der Genosse Dreesbach (Heiterkeit) gegen die Erhöhung der Getreidezölle spreche; wenn der Eine herüber, der Andere hinüber ziehe, dann sei es gerade recht, dann komme die richtige Mittellinie heraus. (Heiterkeit.)

Abg. Rohrhurst ist mit dem größten Interesse den Verhandlungen des Hauses gefolgt und bemerkt, daß Regierung und Volksvertretung der Landwirtschaft das größte Interesse entgegenbringen. Draußen, nament-



lich beim Wahlkampf könne man diese Wahrnehmung nicht machen. Die Regierung habe mit offener Hand und klarem Auge die Interessen der Landwirtschaft wahrgenommen, dafür sei dem Herrn Minister mit Recht von allen Seiten der Dank ausgesprochen worden. Förderung der Landwirtschaft sei zugleich Pflege des allgemeinen Wohlstands. Ueberrascht und erfreut habe ihn das, was er vom Abg. Dreesbach gehört habe. Wenn nun auch die Sozialdemokratie für die Landwirtschaft eintrete, so handle sie in ihrem ureigensten Interesse; denn es sei nicht zu wünschen, daß Deutschland sich zu einem Industriestaat entwickle. Ein Ausgleich der Interessen müsse gefunden werden. Der Abg. Werr habe gesagt, man solle die Landwirthe ermuntern. Das sei ein goldenes Wort aus dem Munde eines Geistlichen. Eine Leutenoth gebe es auch in der Stadt; die Landwirthe können sich also damit trösten, Genossen zu haben im Unglück. Gefreut habe es ihn, daß der Abg. Köhler der Zuversicht Ausdruck gegeben habe, daß die Flottenvorlage angenommen wird; mögen seine Parteifreunde im Reichstag die gleiche Hoffnung hegen. Seinem Vorhage, betreffend die Verwendung des Malzsaftes, nebenbei gesagt, ein elendes, grauames Getränk (Heiterkeit), könne er nicht beitreten; Herr Köhler werde den Herrn aller männlichen und weiblichen Kaffeeschwestern auf sich laden. Nicht einverstanden sei er mit dem Vorhage des Abg. Hug, die Hirtenhuden vom Schulunterricht zu befreien. Redner schließt mit dem Wunsche, es mögen die Verhandlungen dieser Tage der Landwirtschaft zum Segen gereichen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dreesbach wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Blantenborn. Durch die Aufhebung des Octrois in Mannheim seien die Brodpreise thatsächlich gefallen. Er sei kein Gegner der Landwirtschaft, sondern er habe nur gewarnt, daß man zu weit geht. Ebenso wenig habe er behauptet, daß Deutschland bereits ein Industriestaat sei, er habe lediglich nur auf die Entwicklung zur Industrie hingewiesen. Er sei überzeugt, daß die Herabsetzung des Getreidezolles von 5 auf 3 M. die Noth der Landwirtschaft nicht vergrößert hat. Die Agrarier wollen solch' hohe Zölle haben, welche die inländische Frucht vertheuern. Abg. Dr. Blantenborn verwechsle die Sozialdemokratie mit der freisinnigen Partei, die Freihändler sans phrase sind. Die Sozialdemokratie sei keine Freihandelspartei; sie billigt die Schutzzölle, wo sie notwendig sind, aber die Zölle dürfen nicht ausarten.

Abg. Dr. Heimbürger: Der Vorwurf des Abg. Dreesbach, daß er die Parteiprinzipien verlegt habe, lasse ihn kalt; die Deutsche Volkspartei sei ja keine Partei des Freihandels. Wenn man, wie Abg. Dreesbach, einen

„angemessenen“ Schutz für nothwendig halte, so spiele die Höhe der Zölle wenigstens für die Prinzipienfrage keine Rolle.

Die allgemeine Verathung ist damit erledigt. Abg. Pfefferle begründet seinen Antrag auf Einstellung von 30 000 M. in das außerordentliche Budget zur Beihilfe für die Versicherung der Reben und des Tabaks gegen Hagelschaden. Die Bestimmungen des Hagelversicherungsgesetzes lassen eine Versicherung der Rebe und des Tabaks nicht zu. Diese wäre aber um so mehr geboten, als sich die Reb- und Tabakbauern seit Jahren in einer mißlichen Lage befinden und ihr Gelände am meisten dem Hagelschlag ausgesetzt ist. Nachdem der Herr Minister zu dem Antrag sich freundlich gestellt habe, seien die Antragsteller bereit, denselben in eine Resolution abzuändern, in der die Bitte ausgesprochen wird, die Grob-Regierung möge einen angemessenen Betrag in's nächste Budget einstellen zur Beihilfe für die Versicherung der Rebe und des Tabaks gegen Hagelschaden.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr spricht sein Bedauern aus, daß heute schon wieder ein derartiger Antrag gestellt wird, nachdem erst vor kurzem das Hagelversicherungsgesetz verabschiedet wurde. Derartige Wünsche hätte man bei der Verathung des Hagelversicherungsgesetzes vorbringen sollen. Jetzt soll das Gesetz, das nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten, durch einen Kompromiß zu Stande kam, durch weitere Belastung der Staatskasse erweitert werden. Daß die Rebauern höhere Prämien bezahlen müssen, sei ganz selbstverständlich, weil die Gefahr und der Werth der Früchte ein viel höherer ist. Ob gerade der Staat diese Gefahr tragen soll, sei sehr fraglich. Auch sein Kollege Buchenberger habe ihn beauftragt, sein Ersuchen auszusprechen, daß jetzt nachträglich ein derartiger Antrag gestellt wird. Die Rebbesitzer verdienen ja gewiß Berücksichtigung, ob aber gerade auf diesem Gebiete sei fraglich.

Vizepräsident Land theilt mit, daß folgende Resolution eingelaufen ist:

Die Regierung wird ersucht, in den außerordentlichen Etat des Grob- Ministeriums des Innern, Titel XVI, für Förderung der Landwirtschaft einen angemessenen Betrag einzustellen zur Beihilfe für die Hagelversicherung des zur Anpflanzung von Reben und Tabak dienenden Geländes, welche Beihilfe im Hinblick darauf, daß die Prämien der Hagelversicherung für diese Handelsgewächse wegen der hohen Schabengefahr außerordentlich hohe, die Nachwirkung des Hagelschadens gerade aber bei diesen Zweigen des Landwirtschaftsbetriebs gewöhnlich eine wirtschaftlich tiefeinschneidende, und insbesondere bei den Reben eine nachhaltige wird, zur Erleichterung der Aufbringung der Vorprämien erfolgen soll. — Diese Beihilfe soll nur

an Kleinbesitzer und unter Vermittelung der Kreisaußschüsse gewährt werden.

Abg. Pfefferle empfiehlt die Annahme dieser Resolution. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Ministers bemerkt er, daß er sich schon bei der Verathung des Hagelversicherungsgesetzes alle Mühe für seinen Antrag gegeben und ihn nur deshalb nicht gestellt habe, um die Schwierigkeiten, denen der Entwurf begegnete, nicht zu vergrößern. Abg. Gauß befürwortet die Resolution.

Abg. Dr. Fiejer befreit, daß die nachträgliche Einbringung dieses Antrags eine Zuwerdung gegen den Kompromiß über das Hagelversicherungsgesetz sei. Die Lage der Reb- und Tabakbauern sei unfreudig eine mißliche; die Kammer könne also ganz wohl für dieselben einen außerordentlichen Beitrag leisten.

Abg. Schüler weist auf den horrenden Schaden hin, den die Rebauern durch Hagelschlag erleiden. So viel er taxiren könne, werden die 30 000 M. nicht gebraucht werden; finanziell sei also der Antrag nicht bedenklich, andererseits werden die Bauern zur Versicherung dadurch ermunthigt.

Abg. Geppert: Durch diesen Beitrag würde man der rebbaurenden Bevölkerung eine große Erleichterung verschaffen; er stimme deshalb für die Resolution.

Minister des Innern Dr. Eisenlohr betont, daß in der Kommission nichts davon gesagt wurde, daß man noch 30 000 M. für die Rebauern haben wolle. Auf diese Art könne doch die Regierung nicht mit der Kammer verhandeln. Jedenfalls müsse sich die Regierung freie Entscheidung vorbehalten.

Verichterstatter Frank konstatirt in seinem Schlusswort mit Gemüthung, daß die ganze Kammer einmüthig für die Interessen der Landwirtschaft eingetreten sei. Eine Erhöhung der Getreidezölle würde u. a. auch zur Folge haben, daß sich die Landwirthe wieder mehr dem Getreidebau zuwenden. Erfreulichweise habe seine Anregung zur Errichtung von Abfahrgenossenschaften sowohl bei der Regierung als im hohen Maße Zustimmung gefunden. Davor möchte er warnen, daß wenn in einer Gemeinde die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, nur die Stallpferde über einzelne Geschöpfe verhängt wird; wenn die Seuche in Baden nicht die Ausdehnung angenommen hat, wie in andern Ländern, so sei dies neben den strengen Sperremaßnahmen vor allem der umsichtigen Thätigkeit der Bezirkstierärzte zu danken.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Schmid, Hug und Mampel wird die Resolution Pfefferle mit allen Stimmen gegen die des Abg. Kramer angenommen. — Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe.

**Das Großh. Forstamt Durlach verleiht am Donnerstag, den 5. April d. J., Vormittags 10 Uhr,**

in Nagel's Halle in Durlach: aus Domänenwald Rittmatt, Abtheilung 5, 7, 8, 12, 13, 16 und aus der Hundstangen, von einer Durchforstung und von Hinfällen, dünnen Stämmen: 10 Fichtenstämme, 18 Tannenstämme, 1 Weimuttskiefern-Stamm, 2 Tannenstämme, 60 fichtene Zapfenstangen, 63 Eichenbüchsen, 4 Eichenstämme, 3 Eichenstämme, 19 Eichen Nadelholz-Scheitelholz, 4 Eichenbüchsen, 20 Eichen gemischtes, 5 Eichen Nadelholz-Prügelholz, 150 Buchene, 1925 gemischte Wellen, verschiedene Kooße Schlagraum. Ferner 1 Eiche Laub von den Holzabfuhrwegen. Forstwart Bauer in Berghausen zeigt die Kooße auf Verlangen vor.

**Bürgerliche Rechtsstreite.**

**Aufgebot.**

3.775.2. Nr. 111771. Mannheim. Auf Antrag des Wilhelm Koechler in Frankfurt a. M. werden nachstehende Pfandbriefe der Rheinischen Hypothekendarlehenbank in Mannheim für kraftlos erklärt werden, wenn ihr Inhaber nicht spätestens in dem auf Montag, 31. Dezember 1900, Vormittags 9 Uhr, bestimmten Aufgebotstermine seine Rechte bei der unterzeichneten Stelle anmeldet und die Pfandbriefe vorlegt. Verzeichnis der Pfandbriefe.

Serie	Nr.	über M.
77	B 05311	1000
75	B 04049	1000
46	B 0615	1000
69	B 02608	1000
60	B 02642	1000
74	B 03346	1000
70	B 05255	1000
75	B 04818	1000
78	D 32444	200
78	D 31744	200
78	E 39323	100
80	B 02936	1000
80	B 03457	1000
74	B 05324	1000
76	D 10960	200
72	B 04128	1000
69	B 04895	1000
73	C 07232	500
76	B 05188	1000
71	B 05023	1000
67	B 04320	1000
84	A 00116	2000
84	C 05606	500
80	C 07726	500
80	E 13856	100
81	C 06160	500
67	C 08119	500
84	B 03006	1000

Mannheim, den 21. März 1900. Großh. Amtsgericht III.

**Aufgebot.**  
3.819.1. Nr. 11450. Mannheim. Der Pfandbrief Serie 64 lit. E Nr. 14091 der Rheinischen Hypothekendarlehenbank Mannheim wird für kraftlos erklärt, wenn der Inhaber nicht spätestens im Aufgebotstermine vom 1. Februar 1901, Vorm. 10 Uhr, bei der unterzeichneten Stelle seine Rechte anmeldet und den Brief vorlegt.  
Mannheim, den 23. März 1900. Großh. Amtsgericht III.

**Aufgebot.**  
3.806.2. Ettlingen. Auf Antrag des Gemeinderaths Georg Kraft von Speisart wird zum Zwecke der Todeserklärung des verstorbenen Peter Anton Kraft, Fabrikarbeiter von Speisart, geb. am 7. Januar 1834, Aufgebotstermin bestimmt auf Dienstag den 13. November 1900, Vormittags 9 Uhr.

Es ergeht:  
a. Aufforderung an den Verstorbenen sich spätestens im Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen würde.  
b. Aufforderung an Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu ertheilen vermögen, spätestens im Aufgebotstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.  
Ettlingen, den 14. März 1900. Großh. Abt. Amtsgericht I.

Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: J. B. Hoerner.

**Aufgebot.**  
3.804.2. Bretten. Die ledige Dienstmagd Ernestine Kleinhanß von Rintlingen, welche verstorben ist, wird auf Antrag der Richard Kleinhanß in Karlsruhe aufgefordert, sich spätestens in dem auf:  
Dienstag den 9. Oktober 1900, Vormittags 10 Uhr, bestimmten Aufgebotstermine bei dem unterzeichneten Gerichte zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.  
Alle diejenigen, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verstorbenen zu ertheilen vermögen, werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin anher Anzeige zu machen.  
Bretten, den 27. März 1900. Großh. Amtsgericht.

**Aufgebot.**  
3.833. Nr. 372. Wolfach. Der am 16. Oktober 1845 in Schapbach geborene ledige Holzhauer Ferdinand Haller ist seit dem Jahre 1878 verstorben und soll für todt erklärt werden. Der Verstorbenen wird darum aufgefordert, sich spätestens in dem auf:  
Donnerstag, den 27. Dezember l. J. Vormittags 10 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier be-

stimmten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird.

Alle diejenigen, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu ertheilen vermögen, werden aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermine dem Gerichte Anzeige zu machen.  
Wolfach, den 23. März 1900. Großh. Amtsgericht.

Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: Reich.

**Konkurs.**  
3.794. Nr. 11103. Karlsruhe. Durch Urtheil Großh. Amtsgerichts hier vom 24. ds. Mts. wurde die Ehefrau des Bauunternehmers Karl Oberst, Anna geb. Fischer in Karlsruhe für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzulassen.  
Karlsruhe, den 28. März 1900. Kagenberger, Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

**Konkurs.**  
3.823. Nr. 13991. Pforzheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Konditors Eugen Becker dahier ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin anberaumt auf:  
Donnerstag, den 19. April 1900, Vormittags 8<sup>1/2</sup> Uhr, vor dem Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 18.  
Pforzheim, den 30. März 1900. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Mat.

**Konkurs.**  
3.824. Nr. 6106. Billingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schlossers und Zapfweihlers Jozas Wiedemer in Billingen wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und vorgenommener Schlußvertheilung aufgehoben.  
Billingen, den 29. März 1900. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Schneider.

**Bekanntmachung.**  
3.809. Vörrach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Cigarrenhändlers Otto Greuther in Vörrach soll die Schlußvertheilung stattfinden.  
Der verfügbare Massebestand beträgt M. 2089 80 Pf.  
Nach dem bei der Gerichtsschreiberei des Großh. Amtsgerichts dahier niedergelegten Verzeichnis sind dabei M. 24 64 Pf. bevorrechtigte und M. 6975 34 Pf. nicht bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen.  
Dies wird gemäß § 139 der R.O. öffentlich bekannt gemacht.  
Vörrach, den 29. März 1900. C. Brisch, Konkursverwalter.

**Konkurs.**  
3.792. Nr. 8153. Schwetzingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneiders und Kleiderhändlers Karl Brenner in Hockenheim ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis Termin auf:  
Mittwoch, 25. April 1900, Vormittags 8<sup>1/2</sup> Uhr, vor dem Amtsgerichte hier selbst bestimmt.  
Schwetzingen, den 27. März 1900. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Maier.

**Strafrechtspflege.**  
3.766.2. Nr. 3256. Konstanz. Der am 16. April 1865 zu Niederalfalter in Sachsen geborene, zuletzt in Konstanz wohnhaft gewesene Schieferbeder und Landwehrmann Ernst Albert Müller wird beschuldigt, als beurlaubter Wehrmann ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein.  
Uebertretung gegen § 260 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.  
Derfelbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Mittwoch, den 16. Mai 1900, Vormittags 8 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derfelbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Vörrach ausgefallenen Erklärung verurtheilt werden.  
Mosbach, den 28. März 1900. Großh. Staatsanwaltschaft: v. R. d.

**Konkurs.**  
3.791.2. Nr. 4318. Mosbach. 1. Der am 7. November 1877 in Nauenburg, Amt Wertheim, geborene, zuletzt dafelbst wohnhafte Schuhmacher Josef Anton Blos, 2. der am 1. November 1877 in Wertheim geborene, zuletzt in Gamburg wohnhafte Hans Alfred Alletag, werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Abtheilung des Eintrits in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entzihen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärrückständigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten zu haben.  
Berger gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 des R. Str. G. B. S.

Dieselben werden auf Donnerstag, den 17. Mai 1900, Vormittags 9 Uhr, vor der Strafkammer des Großherzogth. Landgerichts Mosbach zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Herrn Civilvorstehenden der Ersatzkommission zu Wertheim über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefallenen Erklärung verurtheilt werden.  
Mosbach, den 28. März 1900. Großh. Staatsanwaltschaft: v. R. d.

**Konkurs.**  
3.497.3. Nr. 3093. Schönaue. Der am 18. Mai 1868 in Beuren, Amts Ueberlingen geborene, zuletzt in Schönaue wohnhafte Knecht Bernhard Rothmund wird beschuldigt, als Ersatzreferent erster Klasse ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben.  
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.  
Derfelbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Mittwoch, den 16. Mai 1900, Vormittags 10 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Schönaue i. W. zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derfelbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Kgl. Bezirkskommando zu Offenburg ausgefallenen Erklärung verurtheilt werden.  
Offenburg, den 20. März 1900. G. Beller, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

**Konkurs.**  
3.497.3. Nr. 3093. Schönaue. Der am 18. Mai 1868 in Beuren, Amts Ueberlingen geborene, zuletzt in Schönaue wohnhafte Knecht Bernhard Rothmund wird beschuldigt, als Ersatzreferent erster Klasse ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben.  
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.  
Derfelbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Mittwoch, den 16. Mai 1900, Vormittags 10 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Schönaue i. W. zur Hauptverhandlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derfelbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Kgl. Bezirkskommando zu Offenburg ausgefallenen Erklärung verurtheilt werden.  
Offenburg, den 20. März 1900. G. Beller, Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.